

Per E-Mail

Bundesamt für Justiz Bundesrain 20 3003 Bern

ipr@bj.admin.ch

Vernehmlassung zur Genehmigung des Haager Gerichtsstandsübereinkommens

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wir folgt wahrnehmen:

1 Grundsätzliche Bemerkungen

Die SP Schweiz unterstützt die vom Bundesrat vorgeschlagene Genehmigung des Haager Gerichtsstandsübereinkommens (GestÜ) durch die Schweiz vollumfänglich und vorbehaltlos. So haben die National¹- und Ständerat:innen² der SP-Bundeshausfraktion der dieser Genehmigungsvorlage zu Grunde liegenden Motion³ auch jeweils oppositionslos zugestimmt.

Unserer Ansicht nach ist die Genehmigung dieses Übereinkommens durch die Schweiz ein sinnvoller Schritt, um bei internationalen Zivilrechtsstreitigkeiten mit Gerichtsstandsvereinbarungen eine international harmonisierte Regelung in Bezug auf Zuständigkeit und Anerkennung von Urteilen und damit mehr Rechtssicherheit für alle Involvierten zu erreichen.⁴ Besonders begrüssenswert ist dabei, dass internationale Gerichtsstandsvereinbarungen von Konsument:innen und Arbeitnehmer:innen vom Anwendungsbereich des GestÜ ausgenommen sind und somit verhindert werden kann, dass durch die Genehmigung dieses Übereinkommens einer Ausnutzung der schwächeren Verhandlungsposition von Konsument:innen und Arbeitnehmer:innen zu deren Ungunsten in Bezug auf die gerichtliche Zuständigkeit Vorschub geleistet wird.⁵ Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

1

Sozialdemokratische ParteiTheaterplatz 4Telefon 031 329 69 69info@spschweiz.chder SchweizPostfach · 3001 BernTelefax 031 329 69 70www.spschweiz.ch

¹ Vgl. Amtliches Bulletin Nationalrat 6.12.2021 zu 21.3455.

² Vgl. Amtliches Bulletin Ständerat 16.6.2021 zu 21.3455.

³ 21.3455 Schweiz als internationalen Gerichtsstandort weiter stärken.

⁴ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 6.

⁵ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 12.

Mit freundlichen Grüssen SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Mattea Meyer

Co-Präsidentin

Cédric Wermuth

C. Wermulh

Co-Präsident

Claudio Marti

Politischer Fachsekretär

Claudis Mach